

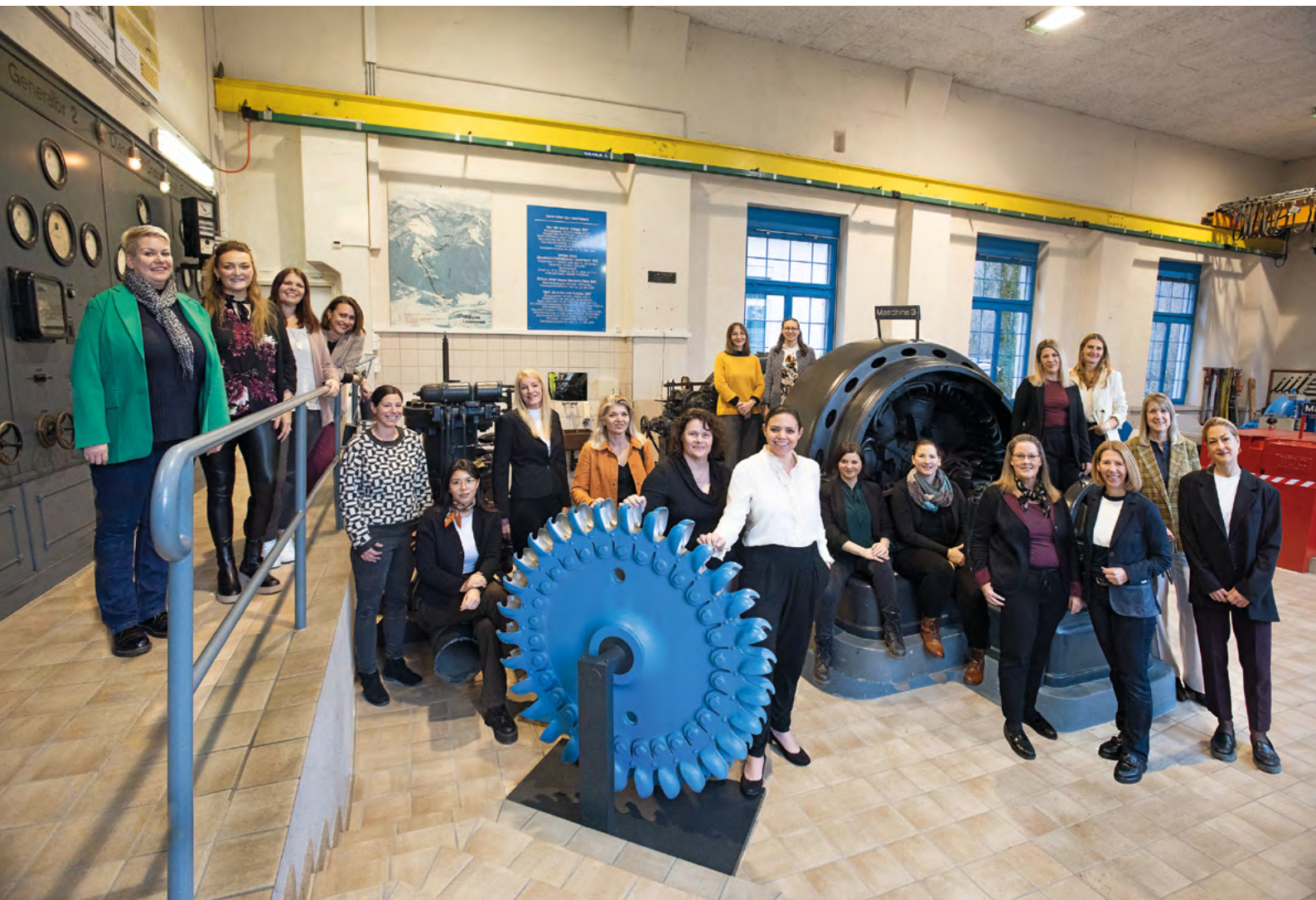
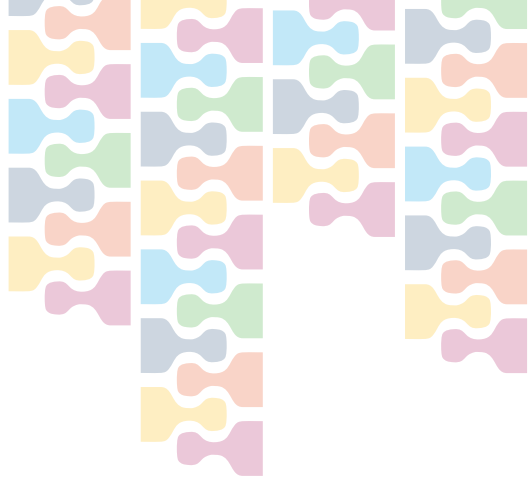


Vielfalt

IN DER POLITIK

JAHRESBERICHT
2024–2025





Die Kandidatinnen für die Landtagswahlen im Lawena Museum im Dezember 2024



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

im vergangenen Jahr hat sich «Vielfalt in der Politik» vornehmlich mit zwei Themen beschäftigt. Es war zum einen die politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern. Ein Drittel der in Liechtenstein lebenden Erwachsenen ist aufgrund der fehlenden Staatsbürgerschaft von einer politischen Mitarbeit ausgeschlossen. Angesichts der Schwierigkeiten, welche die Parteien haben, genügend Kandidatinnen und Kandidaten für die Besetzung der politischen Ämter zu finden, ist dies schwer nachzuvollziehen. Es ist ausserdem eine verpasste Chance für die Förderung von Integration und Gemeinschaftsgefühl. Im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit dem Verein für Menschenrechte habe wir uns dieser Problematik angenommen.

Zum anderen beschäftigten wir uns mit den Landtagswahlen 2025. Mit verschiedenen Aktivitäten sensibilisierten wir für die notwendige Vertretung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den politischen Gremien und unterstützten die antretenden Frauen im Wahlkampf. Die Landtagswahlen gingen am 9. Februar 2025 über die Bühne. Der vorliegende Jahresbericht umfasst daher auch noch die Monate Januar und Februar des laufenden Jahres mit den Analysen der Wahlergebnisse.

Nach sieben Jahren kommt das Projekt «Vielfalt in der Politik» nun zum geplanten Ende. Wir haben vieles ausprobiert, wichtige Erfahrungen gemacht und uns über die Zeit als Stimme für die Frauen in der Politik etabliert. Wir haben gezeigt, dass es sich lohnt, wenn sich Frauen konstruktiv für ihre Anliegen einsetzen und parteiübergreifend zusammenarbeiten.

Sind wir am Ziel angelangt? Wir denken nicht. Das Streben nach einer paritätischen Vertretung von Frauen und Männern in den politischen Gremien auf Landes- und Gemeindeebene geht weiter. Es gilt, die positiven Entwicklungen zu sichern und weiterzuführen. Weitere Bevölkerungsgruppen sind untervertreten oder gar nicht repräsentiert. Damit gehen der Politik wertvolle Kräfte und Potenziale verloren.

Mit dem Abschied der Projektgruppe entsteht Raum für Neues. Darauf sind wir schon sehr gespannt. Wir hoffen, dass die geleistete Arbeit ein Ansporn ist, sich weiterhin für eine vielfältige und lebendige Demokratie in Liechtenstein einzusetzen.

Vielen Dank für das Vertrauen in den letzten sieben Jahren.
Es war uns eine grosse Freude!

Die Projektgruppe von «Vielfalt in der Politik»

Andrea Hoch, Dagmar Bühler-Nigsch, Petra Eichele,
Clarissa Frommelt, Eva-Maria Schädler

Politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern

Rund ein Drittel der in Liechtenstein lebenden Erwachsenen kann sich nicht am politischen Leben beteiligen. Entweder haben sie nicht das Recht dazu, oder es fehlt der Zugang, um die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen. Das bedeutet für Liechtenstein einen Verzicht auf Kräfte, die sich in die Diskussion einbringen und für die Gemeinschaft einsetzen könnten. Es verhindert auch, dass sich die ausländische Bevölkerung vollständig zugehörig und gleichwertig fühlt.

Der Verein für Menschenrechte (VMR) und «Vielfalt in der Politik» (ViP) starteten im Jahr 2023 ein Kooperationsprojekt zur politischen Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern in Liechtenstein. Das Ziel war, die gesellschaftliche Diskussion anzustossen und gemeinsam mit verschiedenen Anspruchsgruppen Massnahmen für eine stärkere politische Mitsprache und Einbindung der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein zu definieren.

In einem ersten Schritt erarbeiteten die Projektverantwortlichen Christian Blank (VMR) und Andrea Hoch (ViP) ein Hintergrundpapier. Darin wurden die rechtlichen Grundlagen in Liechtenstein sowie in den Nachbarstaaten aufgezeigt. Weiter lieferten statistische Daten einen Anhaltspunkt dafür, wie viele Menschen in Liechtenstein aktuell nicht politisch partizipieren können. Zuletzt wurden mögliche Massnahmen aufgezeigt. Das Hintergrundpapier diente einerseits als eigenständiges Informationsdokument, lieferte andererseits die Grundlage für die Diskussion mit verschiedenen Anspruchsgruppen.

Erste Gesprächsrunde mit Florin Konrad, Thomas Milic, Wilfried Marxer, Andrea Hoch, Christian Blank, Petra Eichele, Dagmar Bühler-Nigisch, Jennifer Grasberger (von links).



In der ersten Gesprächsrunde am 18. Januar 2024 waren Vertreterinnen und Vertreter eingeladen, die sich beruflich mit diesem Thema auseinandersetzen. Dazu gehören das Ministerium für Gesellschaft, der Fachbereich Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste, das Liechtenstein-Institut und die Stiftung Lebenswertes Liechtenstein. Die zweite Diskussionsrunde fand am 28. März 2024 mit den politischen Parteien DpL, FBP, FL und VU statt.

Am dritten Integrationsdialog der Regierung vom 24. Oktober 2024 erfolgte schliesslich der wichtige Austausch mit den Betroffenen. Der Integrationsdialog wird in seiner aktuellen Form seit 2022 jährlich durch das Ministerium für Gesellschaft und Kultur in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste durchgeführt. Es geht dabei um den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Nationen, Kulturen und Religionen in Liechtenstein, um den Stand der Integration zu ermitteln sowie mögliche Massnahmen im Integrationsbereich zu gestalten.

Im ersten Teil des Integrationsdialogs stellten Christian Blank und Andrea Hoch das Projekt «Möglichkeiten der politischen Partizipation von Ausländer:innen in Liechtenstein» vor. Dabei nutzten sie die Möglichkeit, die Teilnehmenden des Integrationsdialogs über ihre bisherige politische Teilhabe und ihre Einschätzung verschiedener Möglichkeiten zur politischen Teilhabe zu befragen. Im zweiten Teil gab es Workshops zu Fragen rund um die politische Partizipation von Ausländer:innen in Liechtenstein sowie FL-Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund.

Das Kooperationsprojekt wurde mit der Präsentation des Abschlussberichts an einer Medieninformation am 20. Februar 2025 abgeschlossen. Die Erkenntnisse sind in Empfehlungen eingeflossen, wie das Thema auf Landes- und Gemeindeebene weiter vorangebracht werden kann.

Zweite Gesprächsrunde mit Andrea Hoch, Tatjana As'Ad, Gaston Jehle, Dagmar Bühler-Nigsch, Michael Winkler, Janine Schädler, Thomas Rehak, Agnes Dentsch, Christian Blank (von links).



Empfehlungen aus dem Projekt «Politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern»

Empfehlung 1

Sensibilisierung und öffentliche Information über die Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen

Begründung Politische Parteien, Behörden und Betroffene wissen oft nicht, dass Gemeindekommissionen (sowie auch gewisse Kommissionen auf Landesebene) auch Ausländer:innen offenstehen. Es gilt, die Verantwortlichen zu sensibilisieren und den Prozess transparent zu machen.

Umsetzungsvorschlag Sensibilisierung der Gemeinden, Gemeinderäte, Parteien und Ortsgruppen, insbesondere zum Zeitpunkt der Gemeindewahlen.

Umsetzungsvorschlag Information der Bevölkerung über Website, Gemeindebulletins und andere Medienkanäle.

Empfehlung 2

Die Bestellung von Gemeindekommissionen inklusiver gestalten

Begründung Die Gemeinden gehen bei der Besetzung von Kommissionen und Arbeitsgruppen unterschiedlich vor. Häufig stehen parteipolitische Überlegungen im Vordergrund, sodass breite Kreise der Bevölkerung keine Möglichkeit erhalten, sich für einen Sitz zu bewerben. Es sollte nach Wegen gesucht werden, die Bestellung transparent und fair zu gestalten.

Umsetzungsvorschlag Zusammenstellung der Vorgehensweisen und guten Praktiken («best practices») der Gemeinden.

Umsetzungsvorschlag Regelmässiger Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden.

Umsetzungsvorschlag Öffentliche Ausschreibung der Gemeindekommissionen prüfen.

Empfehlung 3

Die Vernetzung mit Ausländer:innen stärken und sie zur Mitwirkung einladen

Begründung Die politische Teilhabe fördert die Integration. Betroffene fühlen sich willkommen und können mitgestalten. So entstehen Interesse und Zugehörigkeitsgefühl.

Umsetzungsvorschlag Neuzuzüger:innen in den Gemeinden informieren, dass ihre Teilnahme und Mitarbeit an Bevölkerungsinformationen, partizipativen Workshops oder in Gemeindekommissionen begrüsst wird.

Umsetzungsvorschlag Ausländervereine und Brückenbauer:innen gezielt und persönlich zu öffentlichen Veranstaltungen und Workshops einladen.

Umsetzungsvorschlag Für die Ausweitung der Kontakte das Netzwerk der Beratungsstelle integration.li nutzen.



Empfehlung 4

Partizipative Beteiligungsformen anbieten

Begründung Durch partizipative Gefässe kann die Bevölkerung frühzeitig in die Planung und Gestaltung einzelner Projekte eingebunden werden. Dadurch entsteht das Gefühl, sich einbringen und mitwirken zu können. Der Einbezug von Betroffenen in den Entscheidungsprozess führt häufig zu tragfähigeren Lösungen.

Umsetzungsvorschlag Weiterbildung für Behörden und Gemeinden über die Möglichkeiten partizipativer Beteiligungsformen und deren Nutzen. Wie wird sichergestellt, dass die Ergebnisse in den politischen Prozess einfließen?

Umsetzungsvorschlag Fokusgruppengespräche, wenn Ausländer:innen (oder andere spezifische Bevölkerungsgruppen) von einem Thema besonders betroffen sind.

Empfehlung 5

Sprachbarrieren abbauen

Begründung Ausländer:innen mit nicht-deutscher Muttersprache haben teilweise Mühe, politischen Diskussion im Dialekt zu folgen. Das kann sich negativ auf ihr Interesse am politischen Geschehen und auf ihre Teilnahme an Veranstaltungen auswirken.

Umsetzungsvorschlag Öffentliche Informationsveranstaltungen und Workshops von Land und Gemeinden auf Schriftdeutsch abhalten.

Empfehlung 6

Einführung eines kommunales Wahlrechts für Ausländer:innen prüfen

Begründung Ausländer:innen geben an, dass es ihnen sehr wichtig ist, im regulären politischen Prozess mitzuwirken. Dabei ist das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene am wichtigsten. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer:innen gilt bereits in den EU-Ländern sowie in zahlreichen Gemeinden in der Schweiz.

Umsetzungsvorschlag Die Einführung eines kommunalen Stimm- und Wahlrechts prüfen und mögliche Bedingungen wie z. B. Aufenthaltsdauer, Aufenthaltstitel oder Registrierung in einem Wahlregister aufzeigen.

Umsetzungsvorschlag Begleitend zur Prüfung des kommunalen Wahlrechts einen öffentlichen, partizipativen Diskurs führen.

Die Landtagswahlen 2025

Prestige & Challenge – die Landtagsarbeit aus Frauensicht

An einem «Vielfalt in der Politik»-Lunch am 21. Juni stand die Landtagsarbeit im Mittelpunkt des Programms. Sechs Frauen Landtagsabgeordnete und Stellvertreterinnen präsentierten anhand von Beispielen die zentralen Aufgaben des Landtags und gewährten einen Einblick in ihre persönlichen Erfahrungen. Das Ziel war es, möglichst vielen Frauen die Idee einer Kandidatur näherzubringen und Unentschlossene zu bestärken.

Ganz abgesehen von den anstehenden Wahlen, ist die öffentliche und breite Information über Politik und politische Ämter ein grosses Anliegen von «Vielfalt in der Politik». Es ist wichtig, auch jene Frauen und Männer für Politik zu begeistern, die nicht schon in einem politischen Elternhaus aufgewachsen sind oder die keinen persönlichen Kontakt zu Parteimitgliedern haben.

Mit diesem Treffen über Mittag wurde ein neues Format ausprobiert, welches durchwegs positiv beurteilt wurde. Die Erfahrung hat auch gezeigt, dass es von den Frauen sehr geschätzt wird, sich parteiübergreifend austauschen und vernetzen zu können.



Vielfalt
IN DER POLITIK

Lunch, Freitag, 21. Juni 2024
12.00–13.30 Uhr
Braustube Schaan
Im alten Riet 156
Brausaal, 1. Stock

Prestige & Challenge
Die Landtagsarbeit aus Frauensicht

Das Landtags-ABC kann man nachlesen. Uns interessieren an dieser Mittagsveranstaltung die persönlichen Erfahrungen der Frauen Landtagsabgeordneten und Stellvertreterinnen. Sie berichten anhand von Beispielen aus ihrem politischen Alltag. Im lockeren Gespräch erfahren wir, wie man eigene Themen erfolgreich einbringt, wie aufwendig das Landtagsmandat ist und wie man sich dem Schreckgespenst «Wahlkampf» stellt.

Das anschließende Mittagessen bietet die Gelegenheit für Gespräche und neue Kontakte. Die Veranstaltung richtet sich an alle Frauen, die sich für die leichtensteinsche Politik interessieren und die mit dem Gedanken spielen, einmal selbst politisch aktiv zu werden.

Wir bitten um eine Anmeldung bis zum 16. Juni unter info@vielfalt.li. Geben Sie bitte an, ob Sie am Mittagessen teilnehmen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, für das Mittagessen inklusive Getränke wird ein pauschaler Beitrag von 25 Franken berechnet.

www.vielfalt.li



Referentinnen machten mit der Landtagsarbeit vertraut: Nadine Vogelsang, Franziska Hoop, Dagmar Bühler-Nigsch, Sandra Fausch, Gunilla Marxer-Kranz, Norma Heidegger.



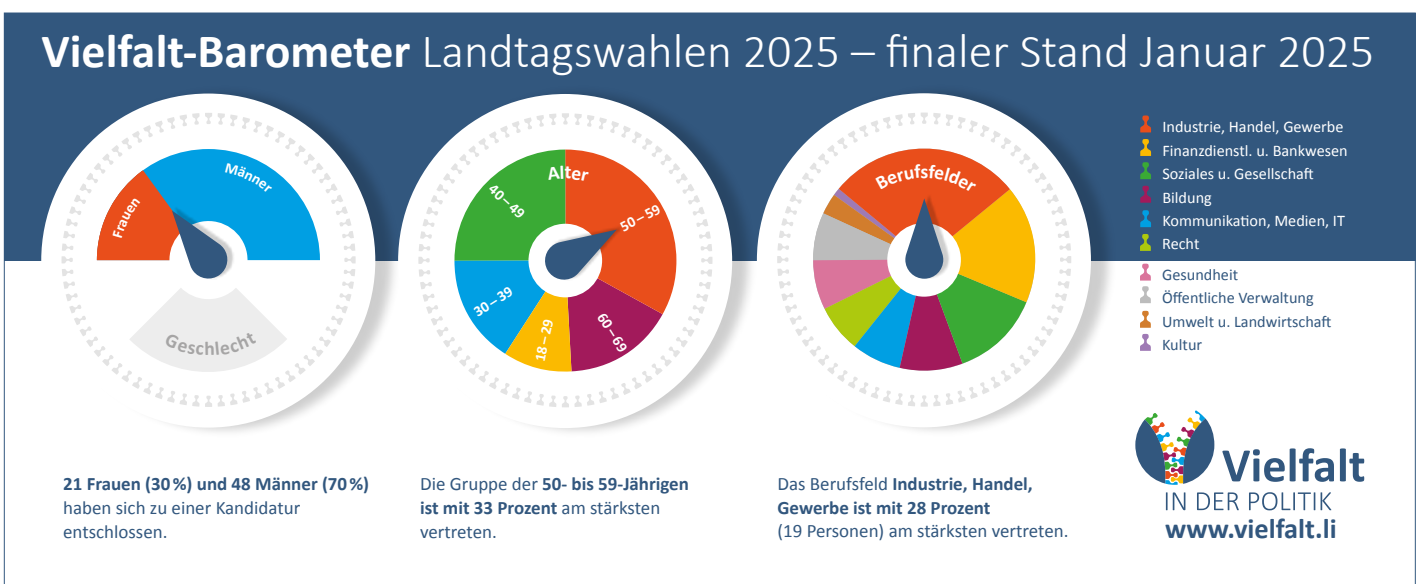
Wahlbarometer

Das bereits bekannte Instrument wurde bei den Landtagswahlen zweimal durchgeführt. Einmal mit dem Stand vom 27. September 2024, um einen Trend bei der Frauenvertretung aufzuzeigen. Das zweite Wahlbarometer erfolgte im Januar 2025 nach den Nominationen und beinhaltet damit die Gesamtheit der Kandidierenden.

Beim Frauenanteil unter den Kandidierenden konnte keine Verbesserung erzielt werden. Er betrug 30 Prozent. Im Jahr 2021 lag er praktisch gleichauf bei 31 Prozent. Am besten schnitt die DpL mit 40 Prozent ab, FL und VU erreichten 33 Prozent respektive 32 Prozent, und das Schlusslicht bildete die FBP mit 24 Prozent.

In Bezug auf das Alter konnte festgestellt werden, dass die Kandidierenden insgesamt jünger geworden sind. Das Durchschnittsalter ist von 51 Jahren bei den Wahlen 2021 auf 47,7 Jahre gesunken. Insgesamt 26 Prozent der Kandidierenden waren unter 40 Jahre alt. Das entsprach einer deutlichen Steigerung im Vergleich zu den letzten Wahlen mit 12 Prozent. Besonders erfreulich waren die sieben Kandidierenden im Alter von 18 bis 29 Jahren. Vor vier Jahren trat keine einzige Person der jüngsten Altersgruppe an. Der Anteil der älteren Kandidierenden hat indes abgenommen, wobei die 50- bis 59-Jährigen mit 33 Prozent nach wie vor am stärksten vertreten waren.

Die Analyse nach Berufsfeldern ergab eine hohe Gewichtung der Wirtschaftsexpertise. So waren 28 Prozent der Kandidierenden im Berufsfeld Industrie-, Handel und Gewerbe anzusiedeln, weitere 17 Prozent bei den Finanzdienstleistungen und im Bankwesen. Vor allem die beiden Volksparteien setzten massgeblich auf diese Berufsfelder. Bei der DpL waren sowohl Wirtschaft als auch Bildung gut vertreten. Im Bereich Soziales und Gesellschaft war die Freie Liste am stärksten aufgestellt.



Eins der publizierten Wahlbarometer mit Geschlechterverteilung, Alter und Berufsfeldern.

Kandidatinnen Landtagswahlen 2025

Wir sorgen für Spannung



Vielfalt
IN DER POLITIK

Zu den Videos der Kandidatinnen



www.vielfalt.li

Halbseitiges Inserat im
«Liechtensteiner Vaterland»



Animiertes
Online-Werbebanner



Vielfalt
IN DER POLITIK

Wahlkampagne Kandidatinnen

Am 10. Dezember trafen sich die Landtagskandidatinnen aller Parteien im Lawena Museum in Triesen zur Vorbereitung der gemeinsamen Wahlkampagne. Es war ein produktiver Anlass mit Fotoshooting, Videodreh und Wahl des passenden Slogans. Nach getaner Arbeit wartete ein feines Mittagessen auf die Frauen. Auch die beiden Regierungskandidatinnen folgten der Einladung zum gegenseitigen Kennenlernen und Netzwerken. Vielen Dank an den Verein «Pro Lawena Museum» für die Gastfreundschaft und tatkräftige Unterstützung.

Die Kampagne startete kurz vor Weihnachten 2024 mit der Ausstrahlung von Einzelvideos auf 1FLTV und auf den eigenen Kanälen (YouTube, Facebook, Instagram). Im Januar 2025 folgten Printinserate im «Vaterland» und in der «Liewo». Auch online wurde mit Inseraten und Videos geworben. Während der vergleichsweise kurzen Schlussphase des Wahlkampfes waren die Kandidatinnen somit auf mehreren Kanälen präsent.

Die Öffentlichkeits- und Medienarbeit bildet gerade im Wahljahr einen grossen Bestandteil unserer Arbeit. Ein grosses Dankeschön geht an unsere Kolleginnen, die im Berichtszeitraum für die Gestaltung unserer Auftritte verantwortlich waren: Sabine Bockmühl (Grafik), Ingrid Delacher (Fotografie), Julia Gehler (Website und Social Media).



Inserat in der «Liewo»



Social-Media-Post

Analyse der Wahlergebnisse aus Frauensicht

Die Frauen stellen im neuen Landtag acht Abgeordnete und zwei Stellvertreterinnen. Der Frauenanteil ist damit um ein Mandat gestiegen und liegt neu bei 32 Prozent. Mit der ersten Regierungschefin ist aus Frauensicht ein weiterer historischer Meilenstein erreicht worden. Die Erfolgsquote der Frauen lag bei 38,1 Prozent im Vergleich zu den Männern mit 35,4 Prozent. «Vielfalt in der Politik» hat durch den positiven Trend sowie die gute Erfolgsquote ein positives Fazit dieser Landtagswahlen gezogen.

Der niedrige Frauenanteil auf den Wahllisten, der sich im Vergleich zu den vorherigen Wahlen nicht verändert hat, ist kritisch zu beurteilen. Damit die Frauen in den gewählten politischen Gremien weiter zulegen können, muss ihr Anteil unter den Kandidierenden grösser werden. Die Art und Weise, wie Parteien bei der Rekrutierung vorgehen, ist entscheidend. «Vielfalt in der Politik» hat im Jahr 2020 eine Erhebung unter den Parteien zu ihrer Vorgehensweise gemacht und die Resultate zusammen mit konkreten Massnahmen in der Publikation «Gesucht – gefunden!» veröffentlicht. Die Publikation mit ausführlichen Erklärungen ist auf der Website zu finden. An dieser Stelle werden die Massnahmen noch einmal im Überblick aufgeführt.

1. Die Zusammensetzung der Rekrutierungsteams beachten
2. Den traditionellen Rekrutierungsprozess mit neuen Elementen ergänzen
3. Transparent über interne Abläufe und politische Partizipationsmöglichkeiten informieren
4. Dem Wahlkampf ein besonderes Augenmerk schenken
5. Die Wahlchancen von neuen Kandidatinnen und Kandidaten erhöhen
6. Das Ziel eines höheren Frauenanteils mit konkreten Massnahmen untermauern
7. Kandidatinnen und Kandidaten langfristig und gezielt aufbauen

Kandidiert	2001	2005	2009	2013	2017	2021	2025
Frauen	21	19	20	18	19	23	21
Anteil %	33,9	31,7	32,3	26,5	26,8	30,7	30,4
Männer	41	41	42	50	52	52	48
Anteil %	66,1	68,3	67,7	73,5	73,2	69,3	69,6
Alle	62	60	62	68	71	75	69

Gewählt

Frauen	3	6	6	5	3	7	8
Anteil %	12,0	24,0	24,0	20,0	12,0	28,0	32,0
Erfolgsquote %	14,3	31,6	30,0	27,8	15,8	30,4	38,1
Männer	22	19	19	20	22	18	17
Anteil %	88,0	76,0	76,0	80,0	88,0	72,0	68,0
Erfolgsquote %	53,7	46,3	45,2	40,0	42,3	34,6	35,4
Alle	25	25	25	25	25	25	25

Quelle: www.landtagswahlen.li



Weitere Aktivitäten

Forumsbeitrag im «Liechtensteiner Vaterland» vom 4. Juli 2024

Die Projektgruppe veröffentlichte eine Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative über die Erhöhung der finanziellen Entschädigung des Parlaments. Mit einer Erhöhung der Grundpauschale und der Sitzungsgelder sollte das politische Mandat attraktiver gemacht werden. «Vielfalt in der Politik» unterstützte grundsätzlich das Anliegen, die politische Arbeit angemessen zu entschädigen. Dies ist wichtig, damit nicht nur diejenigen in der Politik vertreten sind, die es sich finanziell leisten können oder die von ihren Arbeitgebern unterstützt werden.

Bemängelt wurde jedoch, dass die fehlende soziale Absicherung nicht Bestandteil der Initiative war. Im Gegensatz zu den Parlamenten in unseren Nachbarländern gibt es in Liechtenstein keinen Beitrag an die berufliche Vorsorge (Pensionskasse). Diejenigen Abgeordneten, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit das berufliche Pensum reduzieren oder die Familie und Politik miteinander kombinieren, erfahren eine finanzielle Einbusse bei ihrer Altersvorsorge. Diese Einbusse summiert sich über die Jahre. Weiter erhalten jene Abgeordnete, die nicht über einen beruflichen Arbeitgeber versichert sind und keine (teure) private Erwerbsausfallversicherung abgeschlossen haben, im Falle von Krankheit, Unfall oder Mutterschaft keine Entschädigung für das entfallene Taggeld. Diese fehlenden Regelungen sind ein finanzielles Risiko für alle, die primär Familienarbeit leisten oder nur in einem kleinen Teilzeitpensum beruflich tätig sind. Frauen sind davon am meisten betroffen.

Die Projektgruppe von «Vielfalt in der Politik» regte an, dass der Landtag bei der Überarbeitung des Bezügesetzes eine ganzheitliche Lösung anstrebt, welche auch die soziale Absicherung beinhaltet. Dem wurde nicht Folge geleistet. Die Erhöhung der Bezüge wurde vom Landtag beschlossen.

«Wirtschaft regional»

Am internationalen Tag der Frau am **8. März 2024** sowie am **23. August 2024** veröffentlichte ViP Gastkommentare in der «Vaterland-Beilage» «Wirtschaft regional». Während es beim ersten um die Sensibilisierung für die Erhöhung des Frauenanteils bei den kommenden Landtagswahlen ging, bezog sich der zweite auf das verschenkte politische Potenzial durch den Ausschluss von Ausländerinnen und Ausländern.

Bilanz nach 40 Jahren Frauenstimmrecht

Zeitzeuginnen berichteten am **29. Oktober 2024** im Landesmuseum vom harzigen Weg zur Einführung des Frauenstimmrechts, von der Gründung zahlreicher Frauenorganisationen sowie dem langjährigen Einsatz für Fortschritte in der Gleichstellung von Mann und Frau. «Vielfalt in der Politik» stand als Zeitzeugin für die heutige Vertretung von Frauen in der Politik und für den Blick in die Zukunft.

ODIHR

Am **14. November 2024** nahm Andrea Hoch als Vertreterin des Vereins Frauennetz an einem Gespräch im Rahmen der «needs assessment mission» des ODIHR teil. Das ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights) führt als Abteilung der OSZE regelmässig Wahlbeobachtungen durch. Im Vorfeld von Wahlen werden jeweils mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierung, Verwaltung, Parteien, Medien und NGOs Gespräche geführt. ODIHR kam zum Schluss, dass keine Wahlbeobachtung nötig ist.

Mediananfragen

Es wurden im Verlaufe des Jahres zahlreiche Medienanfragen beantwortet und Interviews gegeben. Dies bei Radio Liechtenstein, 1FLTV, «Liechtensteiner Vaterland», «der Landespiegel», «humus» (Magazin der Stiftung Lebenswertes Liechtenstein). Erwähnenswert ist auch die Einladung zum Livetalk anlässlich der Fernsehübertragung der Regierung am Wahlsonntag vom **9. Februar 2025**.



Bilanz nach 40 Jahren Frauenstimmrecht: Zeitzeuginnen am 29. Oktober 2024 im Landesmuseum
(Foto Panja Belzner-Frommelt).



Fundraising und Dank

Wir bedanken uns bei allen, die uns in den letzten sieben Jahren finanziell unterstützt haben und es damit ermöglichten, dass «Vielfalt in der Politik» sein Programm umsetzen konnte. Dazu gehören der Fachbereich Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste, die liechtensteinischen Gemeinden, die H.E.M. Stiftung, die Valüna Stiftung, die Stiftung Fürstlicher Kommerzienrat Guido Feger, die VP Bank Stiftung, die Stiftung Lebenswertes Liechtenstein, der Verein für Menschenrechte und die Familie Sprenger.

Die parteiübergreifende Zusammenarbeit war für «Vielfalt in der Politik» ein wesentliches Merkmal seiner Tätigkeit. Wir durften während der gesamten Projektdauer auf eine gute Kooperation mit allen Parteien zählen. Dafür bedanken wir uns herzlich. Ein grosses Dankeschön gebührt auch den Liechtensteiner Medien. Unsere Arbeit hat massgeblich darauf beruht, die breite Öffentlichkeit zu informieren und sensibilisieren. Das ist ohne enge Kooperation mit den Medienschaffenden nicht möglich. Wir bedanken uns für die zahlreichen Berichterstattungen, Hintergrundinterviews und die Unterstützung bei der Kampagnenplanung.

Zum Schluss bedanken wir uns bei allen, die sich für unsere Arbeit interessiert, uns mit Feedbacks weitergeholfen und sich an unseren Aktivitäten beteiligt haben. Das grösste Geschenk waren die Mandatarinnen und Kandidatinnen, die sich jeweils vertrauensvoll auf unsere Kampagnen eingelassen haben. Wir wünschen allen politisch tätigen Frauen und Männern weiterhin viel Erfolg.

Zum Schluss

Die Website www.vielfalt.li mit Informationen zu sämtlichen Kampagnen, Aktivitäten und Berichten ist vorerst weiterhin zugänglich. Weitergehende Fragen können nach Projektende an den Vorstand des Trägervereins Frauennetz Liechtenstein www.frauennetz.li/ info@frauennetz.li gerichtet werden.

Schaan, im März 2025



Vielfalt
IN DER POLITIK

www.vielfalt.li